

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes im Spannungsfeld zwischen Politik, Wissenschaft und Gedenken

1. Die politischen Lager - vertreten durch die heutigen Parteien SPÖ und ÖVP, in historischen Termini Arbeiterbewegung und Bürgertum - spielten in österreichischer Geschichte des 20. Jahrhunderts wesentliche Rolle. Auch der Widerstand gegen den Nationalsozialismus war entlang dieser Lagergrenzen organisiert, lagerübergreifende Gruppierungen stellten die Ausnahme dar, vorwiegend gegen Kriegsende kam es zu solchen Konstruktionen. Aus historischen Gründen stellten die Kommunisten die größte Zahl an WiderstandskämpferInnen und Opfern des Widerstandes. Nach einer kurzen Phase der Zusammenarbeit aller Gruppen des Widerstandes und der Verfolgung im überparteilichen Bundesverband, der 1948 im Gefolge des Kalten Kriegs aufgelöst wurde, kam es zu einer Aufsplitterung einerseits der politischen Opfer auf drei Verbände - KZ-Verband (KP-nahe), Sozialistische Freiheitskämpfer, ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten - andererseits mussten sich jüdische Verfolgte auf ihre Vertretung durch die IKG zurück ziehen, die ihrerseits ab den fünfziger Jahren SP-dominiert, also wieder im innenpolitischen Spannungs- und Konfliktfeld angesiedelt war.

2. Die Gründung des DÖW war noch vor dem Zusammenschluss der drei Verbände zur Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände einer der ersten Ansätze zur Kooperation. Auf Initiative vermutlich Herbert Steiners (sein Nachlass noch nicht vollständig aufgearbeitet, der hier Aufschluss geben könnte) wurde das DÖW von Anfang an pluralistisch und strikt überparteilich konstruiert. Neben Vertretern der drei politischen Opferverbände auch Israelitische Kultusgemeinde und Katholische Kirche sowie VertreterInnen der Wissenschaft im Vorstand. Damit war das interne Spannungsfeld für die Arbeit des DÖW in seinen Grundsätzen angelegt. Vor allem zur Frage der Darstellung der Jahre 1933-1938 kam es in der Frühzeit des DÖW zu Auseinandersetzungen zwischen Vorstandsmitgliedern, wie z. B. Rosa Jochmann (RS) und Fritz Bock (Vaterländische Front), die jedoch nie zu einer Gefährdung des Vorstandes führten, der vom Grundkonsens der gemeinsamen Position gegen den Nationalsozialismus getragen war und ist. In die konkrete Forschungs- und Publikationstätigkeit gab es so gut wie keine Einmischungen. Konzessionen waren allerdings erforderlich - vor allem im Bereich der kleinen Sonderausstellungen im Eingangsbereich des DÖW. Hier wurde in der Themenabfolge auf politische Ausgewogenheit geachtet. Gleichzeitig schützte diese überparteiliche Konstruktion das DÖW weitgehend vor Nachteilen infolge Änderungen in den politischen Mehrheitsverhältnissen (z. B. Alleinregierungen).

3. Entsprechend des historiographischen Mainstream der siebziger Jahre wurde sowohl in der alten Ausstellung, als auch in der Ausstellung in Auschwitz, ebenso in der Gewichtung der Bände Widerstand und Verfolgung der politische Widerstand gegenüber der rassistischen Verfolgung in den Vordergrund gerückt. Dies änderte sich in den neunziger Jahren und findet seinen Ausdruck im Fokus der Forschung und der inhaltlichen Konzeption der neuen Ausstellung. Das derzeit wichtigste Projekt des DÖW befasst sich mit der namentlichen Erfassung der Opfer politischer Verfolgung, übrigens in Kooperation mit dem Karl von Vogelsang-Institut.

4. blieb das DÖW lange Zeit aus der öffentlichen Aufmerksamkeit weitgehend ausgeklammert, während es gleichzeitig die Anerkennung der politisch Verantwortlichen aus SPÖ und ÖVP gewinnen konnte, änderte sich dies mit der Befassung des DÖW auch mit rechtsextremen und rassistischen Strömungen der Gegenwart zu Ende der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts. Dabei gerieten sehr bald auch die FPÖ und deren offener rechter Rand in den Fokus der Analyse. Eine Publikation von Wolfgang Neugebauer sowie fast zeitgleich das erste Rechtsextremismus-Buch - übrigens die erste in Österreich publizierte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus - führte zu heftigen Angriffen der Freiheitlichen im Nationalrat. Ausgehend davon gelang es der FPÖ insbesondere dann in den neunziger Jahren, das DÖW in interessierten Kreisen als linksextrem und angeblich kommunistisch unterwandert darzustellen, was weder der Struktur des Vorstandes noch der MitarbeiterInnen entspricht. Gleichzeitig erhob die FPÖ unter Verkennung der Struktur des DÖW-Vorstandes den Anspruch, in diesem so wie die anderen „Parteien“ auch vertreten zu sein. Dies wurde seitens des Vorstands entschieden zurück gewiesen. Im Gegenzug verschaffte diese Debatte dem DÖW bis dahin nicht gekannte öffentliche Aufmerksamkeit.

5. Mit der 1982/83 gegründeten Stiftung DÖW, deren Stiftungsrat zu gleichen Teilen von den Stiftern Bund und Stadt Wien sowie dem Verein DÖW besetzt wird, wurden Bestand und zumindest Basisfinanzierung des DÖW zwar gesichert, es geriet aber verstärkt in ein innenpolitisches Spannungsfeld zwischen den Großparteien.

6. Einen weiteren politischer Angriffspunkt stellt der Stiftungsbeitrag von Bund und Stadt Wien dar. Drohte die FPÖ 1999, sie werde alles daran setzen, dem DÖW seine finanzielle Basis zu entziehen, wurde es 2000 dann nicht so schlimm. Allerdings weigerte sich die zuständige Bundesministerin, der damals dringend notwendigen Erhöhung des

Stiftungsbeitrages zuzustimmen, sodass nur das Eingreifen der Stadt Wien das DÖW vor finanziellen Turbulenzen bewahren konnte. Derzeit liegt eine Zusage auf Erhöhung des Bundesbeitrages vor, die jedoch noch nicht umgesetzt wurde.

7. In die inhaltliche Ausrichtung der Arbeit des DÖW griffen bislang weder Vorstand noch Stiftungsrat ein, sodass die wissenschaftliche Tätigkeit ebenso wie die Vermittlungsarbeit des DÖW unabhängig von politischen Entscheidungsträgern durchgeführt werden kann und auch weiter durchgeführt werden wird.

8. In seiner Öffentlichkeitsarbeit enthält sich das DÖW als überparteiliche Einrichtung - und das gilt auch für die wissenschaftliche Leitung - parteipolitisch motivierter Stellungnahmen. Ausnahme sind selbstverständlich rechtsextreme Tendenzen und Rassismus vor allem in FPÖ/BZÖ oder anderen Parteien. Antisemitismus von links wird ebenso thematisiert wie der bekannte von rechts.

9. In den drei zentralen Aufgaben des DÖW - Sammeln, Forschen, Vermitteln - werden durchaus unterschiedliche Anforderungen an uns gerichtet - von antifaschistischen Basisgruppen ebenso wie seitens der Opferverbände. So hatte z. B. unsere alte Ausstellung deutlich mehr Gedenkcharakter als die 2005 eröffnete neue Ausstellung, die stärker auf eine sachliche Information absteckt und weniger Emotionen der BesucherInnen anspricht. Diese neue Ausrichtung wurde und wird uns von Außenstehenden manchmal ebenso angekreidet wie die nun stärker erfolgte Einordnung und realistische Beurteilung der Wirkung des Widerstandes in die Gesamtgeschichte von Verfolgung und NS-Verbrechen. Die Fokussierung auf die Erforschung des Holocaust trug auch die Kritik von ganz links, aber in Ansätzen auch im Vorstand ein, dass nunmehr das DÖW nur mehr auf Opfer- und nicht mehr auf Widerstandsforschung fokussiert sei. Dem DÖW wird damit latent Verrat an der Sache des Widerstandes unterstellt. Damit tritt der Gegensatz der vierziger Jahre, wie er sich auch in der Entschädigungsdebatte manifestiert hatte, zutage: die Konkurrenz zwischen Opfern der politischen Verfolgung auf der einen und jenen der rassistischen Opfer auf der anderen Seite.

10. Das DÖW schaltete sich in die politische Debatte stets insofern ein, als es nicht um Parteinahme, sondern um unmittelbare Anliegen der NS-Opfer und der Auseinandersetzung mit Holocaust-Leugnung, Rechtsextremismus und Antisemitismus ging. Stellungnahmen und Expertisen zu Maßnahmen der Opferfürsorge, der Rückstellung und Entschädigung wurden und werden ebenso abgegeben wie gegen Rechtsextremismus und Rassismus öffentlich

aufgetreten wird. So gingen die ersten Initiativen zur Berücksichtigung der Opfer der NS-Medizinverbrechen im Opferfürsorgegesetz ebenso vom DÖW (Wolfgang Neugebauer) aus, wie das DÖW (Brigitte Bailer) sich in die Diskussionen im Vorfeld des Nationalfonds einschaltete, um hier nur zwei Beispiele zu nennen.

11. Zusammenfassung kann festgestellt werden, dass sich das DÖW verpflichtet fühlt:

- den Opfern des Widerstandes und der Verfolgung des NS-Regimes, ihrem Andenken und ihrer Anerkennung, daraus resultierte nicht zuletzt das Forschungsinteresse der wissenschaftlichen Leiterin am Umgang der Republik mit den Anliegen der NS-Opfer.
- der seriösen wissenschaftlichen Aufarbeitung der Geschichte der NS-Zeit in allen ihren Aspekten: Widerstand, Verfolgung, TäterInnen, MitläuferInnen, sowie gegenwärtiger Tendenzen zu Rechtsextremismus, NS-Verharmlosung und Rassismus sowie Antisemitismus.
- der Vermittlung der Ergebnisse dieser Forschung einer breiten Öffentlichkeit.